

Sendesperrfrist: 23. April 2018, 11:00 Uhr

Nachwuchskräfte­mangel und Cybersicherheit: Herausforderung für Politik und Wirtschaft



Dr. Klaus Mittelbach

Vorsitzender der ZVEI-Geschäftsführung

ZVEI-Wirtschaftspressekonferenz auf der Hannover Messe

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

stellen Sie sich bitte kurz die Hannover Messe ohne den Nachwuchs – ohne Schülerinnen und Schüler, ohne Studierende – vor. Stellen Sie sich des Weiteren vor, in Industrie 4.0 gäbe es keinen Schutz vor Cyberangriffen. Wie sähe dann die Hannover Messe aus?

Wir sind uns sicher einig, dass wir uns das lieber nicht vorstellen wollen. Aber mit beiden Punkten müssen wir uns beschäftigen. Für den ZVEI sind es zwei Schlüsselthemen. Lassen Sie mich mit dem Nachwuchs bzw. Fachkräftemangel beginnen.

Die Elektroindustrie ist einer der größten Arbeitgeber im Verarbeitenden Gewerbe. Die Branche beschäftigt in Deutschland aktuell 872.000 überwiegend hochqualifizierte Menschen. Die sehr gute Konjunktur hat dazu beigetragen, dass der Fachkräftemangel nochmals größer geworden ist. Laut IW (Institut der deutschen Wirtschaft) verringert es das Wirtschaftswachstum jährlich um fast ein Prozent. Aktuell würden etwa 440.000 Fachkräfte fehlen. Eine aktuelle Umfrage unter ZVEI-Mitgliedsunternehmen zur Hannover Messe bestätigt den hohen Bedarf an Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit MINT-Qualifikation.

- Rund 60 Prozent der Belegschaften verfügen über eine MINT-Qualifikation, davon wiederum knapp die Hälfte über einen akademischen Abschluss. Nur 11 Prozent der MINT-Kräfte sind weiblich.
- Nahezu alle Unternehmen (99 Prozent) haben Schwierigkeiten, ihre MINT-Bedarfe über den deutschen Arbeitsmarkt zu decken. Am meisten gesucht sind Akademiker und hier derzeit Informatiker, Software-Entwickler und Elektroingenieure.
- Für jede dritte akademische Stelle mit MINT-Hintergrund werden bis zu sechs Monate benötigt, um sie neu zu besetzen. Bei Stellen für MINT-Fachkräfte sieht es besser aus: Hier sind es nur 17 Prozent.
 - Arbeitsstellen ohne MINT-Hintergrund lassen sich deutlich schneller besetzen.

- Um dem Fachkräftemangel vorzubeugen, verfolgen die Unternehmen verschiedene Strategien:
 - 98 Prozent kooperieren mit Schulen und Hochschulen.
 - 84 Prozent versuchen MINT-Kräfte länger im Beruf zu halten.
 - Drei von vier Unternehmen werben MINT-Fachkräfte gezielt im Ausland an.
 - 85 Prozent bieten monetäre und qualitative Anreizsysteme, um MINT-Fachkräfte zu gewinnen oder zu halten.
- 77 Prozent der Unternehmen erwarten nicht, dass dem Fachkräftemangel durch ein Zuwanderungsgesetz entgegengewirkt werden kann.

Die Umfrage bestätigt, dass gerade in den hoch qualifizierten MINT-Berufsgruppen, die für die Elektroindustrie eminent wichtig sind, mitunter gravierende Engpässe bestehen. Die Umfrage lässt des Weiteren erkennen, dass der Fachkräftemangel uns voraussichtlich noch über viele Jahre begleiten wird. Dagegen zu steuern, ist eine immer wichtiger werdende, gemeinsame Aufgabe für Wirtschaft und Politik: Für die Unternehmen, indem sie ihre Belegschaften weiterqualifizieren, für die Politik, indem sie dafür sorgt, dass die MINT-Fächer gestärkt und der Erwerb von digitaler Kompetenz zum festen Bestandteil des Bildungskanons wird. Dies muss auch die kontinuierliche Lehrerweiterbildung einschließen. Und gemeinsam müssen Politik und Wirtschaft dafür sorgen, dass sich mehr Frauen für MINT-Qualifizierungen interessieren. Ob bei Erstsemestern oder Studienabschlüssen: Die Elektrotechnik weist die geringste Frauenquote bei allen MINT-Studienfächern auf.

Unsere Aufgabe ist, mehr Begeisterung für Technologie zu entfachen. Der ZVEI leistet hierzu einen Beitrag. Zum einen haben wir gerade mit Gesamtmetall, IG Metall und VDMA eine Teilnovellierung der Berufsausbildung in der Metall- und Elektroindustrie erarbeitet. Ziel ist, Fähigkeiten wie beispielsweise die Prozess- und Systemintegration, IT-Sicherheit oder additive Fertigungsverfahren, kurz mehr digitales Know-how, in die Ausbildung zu integrieren.

Zum anderen versuchen wir Begeisterung für MINT-Inhalte zu wecken. So auch auf der Hannover Messe mit unserer neuen Initiative „my eFuture“. Wir erwarten bis Ende dieser Woche rund 2.000 Schülerinnen und Schüler, die wir in Kooperation mit dem New Automation e.V. und Mitgliedsunternehmen sowie dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) über die Messe führen und über die spannenden Tätigkeiten unserer Branche informieren. Diese Aufgabe ist nach dem plötzlichen Wegfall von Tec2You umso dringender geworden. Eine Hannover Messe ohne Schülerinnen und Schüler: Diese Lücke wollte der ZVEI nicht entstehen lassen.

Nun zur Cybersicherheit, eine Herausforderung, die durch manipulierte Telekom-Router, „WannaCry“ oder unser gehacktes Regierungnetzwerk immer stärker ins Bewusstsein vordringt. Diese Vorfälle zeigen: Die Bedrohungslage für Cyberangriffe nimmt zu und sie betrifft nicht nur Kritische Infrastruktur, sondern alle vernetzbaren Geräte – auch Industrie-4.0-Produktionsanlagen. Maßnahmen der klassischen IT-Sicherheit lassen sich jedoch nur bedingt bis gar nicht auf Maschinen- und Industrieprodukte übertragen. Beispiele sind das schwierige Management von Zertifikaten für Identitäten und Verschlüsselungen bei Maschinen oder gar einzelnen Komponenten.

Die Politik sieht beim Thema Cybersicherheit – nicht nur, aber auch im Konsumgüterbereich – zu Recht Handlungsbedarf und strebt auf nationaler und europäischer Ebene Regulierung an. Der ZVEI unterstützt ihr Ziel, eine Art Basis-Cybersicherheit für IoT-Geräte zu implementieren und das Thema europäisch einheitlich und mit hoher Priorität voranzubringen. Allerdings ist an dieser Stelle das „Wie“ entscheidend für den Erfolg der Maßnahmen. Um Cybersicherheit effizient, passend und zielführend zu regulieren, brauchen wir das Prinzip der „Better Regulation“, das drei Kriterien erfüllt:

1. Bei Regulierung ist nur ein europäischer Ansatz zielführend, der den EU-Binnenmarkt fördert und Exportchancen sowie die Vergleichbarkeit der verschiedenen nationalen Regelungen ermöglicht.

2. Wir brauchen eine risikobasierte Basis-Cybersicherheit für alle vernetzten Produkte, die höhere Standards erfüllt als es ein kleinster gemeinsamer Nenner aller bestehenden Vorgaben tun würde.
3. Vorgaben für Cybersicherheit müssen über den gesamten Produktlebenszyklus hinweg funktionieren und dürfen trotz der sich ständig verändernden Voraussetzungen nicht kurzfristig veralten.

Wie lässt sich eine solche Form der Regulierung umsetzen?

Ausschlaggebend für ihren Erfolg ist aus Sicht des ZVEI die vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Politik und Industrie. Denn Cybersicherheitsanforderungen lassen sich nicht ohne Weiteres vom Hochsicherheitsbereich, in dem die Politik mit Regulierung Erfahrung hat, auf die Bedarfe unserer Industrie übertragen. Denn bei uns stehen die Wünsche der Kunden, für die die Produkte und Lösungen entwickelt werden, an erster Stelle. Deshalb ist es von großer Bedeutung, dass es für konkrete Probleme und Nöte bei der Umsetzung von Cybersicherheitsmaßnahmen kompetente Ansprechpartner für die Unternehmen gibt. Dazu zählen der ZVEI, aber auch die Allianz für Cyber-Sicherheit.

Cybersicherheit kann daher nicht einfach verordnet werden, sondern muss zu den Kundenanforderungen und Innovationszyklen passen. Diese Anpassungsfähigkeit mit hoher Qualität – auch für Cybersicherheit – zu verbinden, darin hat die deutsche Industrie seit jeher Expertise. Mehr noch: Nur mit Einbindung der Industrie lässt sich eine effiziente, passende und zielführende Regulierung umsetzen, die für das „moving target“ Cybersicherheit notwendig ist.

In jedem Fall lohnt es sich, Aufwand in die richtige Regulierung zu investieren und Maßnahmen sorgfältig abzuwägen. Denn bei der Regulierung von Cybersicherheit lässt sich auch viel falsch machen:

- Schlecht gemachte Security-Vorgaben könnten den Standort Deutschland und Europa sogar schwächen und als Innovationshemmnis wirken.

- Security „im Elfenbeinturm“ bringt niemanden weiter, wenn Export und Zusammenarbeit auf diese Weise verhindert werden.
- Security kann man auch „überregulieren“ – Doppel- und Patchwork-Regulierungen würden sich deutlich negativ auf die Wirtschaft auswirken.

Meine Damen und Herren,

unbestritten, die Bedrohungen sind da und Regulierungen sind erforderlich. Allerdings müssen wir dafür sorgen, dass sie die angesprochenen Kriterien erfüllen und übergeordnete Ziele wie den EU-Binnenmarkt, die europäische Zusammenarbeit und die Innovationsfreude der Unternehmen nicht negativ beeinflussen. Dafür wird sich der ZVEI einsetzen und dabei die gewohnt gute Zusammenarbeit mit Ministerien und dem BSI fortsetzen.

Vielen Dank.